

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 11/2016

31. MAI 2016 | MARKUS KRÜSEMANN

obs gibt es jede Menge - sei es in Leiharbeit, Werkvertrags-Konstruktionen, Minijobs, befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Teilzeitjobs und im Niedriglohnbereich. Wir veröffentlichen in der Regel alle 14 Tage einen Überblick über Nachrichten und Berichte zu unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen. Das Topthema dieser Ausgabe: Armut.

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 14.06.2016.

1] TOPTHEMA: ARMUT

Arbeitsarmut, Altersarmut, Jugendarmut, Arbeitslosigkeit, Hartz IV... Darf man ein Thema noch mit der Phrase "Armut hat viel Gesichter" eröffnen, oder ist das schon zynisch? Die Tatsachen sind bekannt, liegen seit Jahren auf dem Tisch, an dem sich Leugner und Empörte gegenüber sitzen. Armut erfasst immer größere Teile der Bevölkerung, doch außer Stühlerücken passiert kaum etwas. Die einen können nicht, die anderen wollen nicht. Wieder andere haben mit der Abschaffung der Vermögensteuer, der Ausweitung eines Niedriglohnsektors und der Senkung des Spitzensteuersatzes die Misere erst so richtig herbeigeregelt.

Ungleichheit bis hin zur Schaffung verarmter Bevölkerungsgruppen ist zunächst ein stets drohendes strukturelles Problem, denn es ist im System der kapitalistischen Warenproduktion angelegt, dass der von der zahlenmäßigen Mehrheit geschaffene Wohlstand nicht ihr, sondern nur einem spezifischen Teil der Gesellschaft zufällt. Wenn aber die nachrangige Schutz- und Umverteilungsfunktion des Sozialstaates zur Disposition gestellt wird, dann driftet die Gesellschaft auseinander und die macht- und lobbylosen Verlierer bleiben auf der Strecke... Doch lesen Sie selbst:

Armut in Deutschland: Jedes siebte Kind von Hartz IV abhängig

Rund jedes siebte Kind in Deutschland ist von Hartz-IV-Leistungen abhängig. Das geht aus einer Datenauswertung der Linken-Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann hervor, aus der die Nachrichtenagentur dpa zitiert.

Demnach waren im vergangenen Jahr im Schnitt 1,54 Millionen unter 15-Jährige betroffen. Das sind den Angaben zufolge rund 30.000 mehr als noch im Vorjahr. Die Daten stammen von der Bundesagentur für Arbeit.

(...)

Quelle: Spiegel online vom 31.05.2016

Armut ist sozialer Zündstoff

Armut in ihren Schattierungen ist in unserem Land zwar eher unsichtbar, aber nicht weniger bedenklich. Und sie ist nicht nur "gefühl", sondern real. (...) Noch 1998 besaß die ärmere Hälfte der Bevölkerung noch 2,6 Prozent des Gesamtvermögens, 2013 schrumpfte dieser Anteil auf ein Prozent: sozialer Zündstoff!

Trotz guter Konjunktur und allgemeiner Lohnsteigerungen bleibt ein großer Anteil der Bevölkerung also dauerhaft

vom Wohlstand abgehängt.

(...)

Quelle: Huffingtonpost.de vom 28.05.2016

Menschen unter 25 haben das höchste Armutsrisiko

19 Prozent der unter 18-Jährigen und fast 25 Prozent der Jugendlichen zwischen 18 und 25 sind hierzulande armutsgefährdet. Diese Zahlen stammen aus dem „Monitor Jugendarmut in Deutschland“, der am 27. Mai veröffentlicht wird.

Diese Studie wird alle zwei Jahre von der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit herausgegeben. Die Vorsitzende der Gemeinschaft und Herausgeberin Lisi Maier, 32, hat mit uns über die Ergebnisse des Monitors und die Gründe für Jugendarmut gesprochen.

(...)

Quelle: jetzt.de vom 27.05.2016

Die Armut in Deutschland ist bittere Realität

Was nun aber die Einkommensentwicklung und die Einkommensverteilung anbelangt, sieht es nach Angaben des Statistischen Bundesamts düster aus in Deutschland: „Alle Armuts-Indizes erhöhten sich in der letzten Dekade, das Ausmaß an Niedrigeinkommen und Armut stieg zum Ende der letzten Dekade auf eines der höchsten Niveaus der letzten beiden Jahrzehnte an.

Noch dazu haben sich die Chancen der Armut zu entfliehen laut Statistischem Bundesamt verringert, während sich gleichzeitig „die Einkommensrisiken im unteren Einkommensbereich erhöhten.“

(...)

Quelle: Huffingtonpost.de vom 24.05.2016

Wen die Altersarmut trifft

Immer mehr Menschen sind auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Im Dezember 2015 lebten laut Statistischem Bundesamt rund 536.000 Senioren am Existenzminimum.

Welche Lebensverläufe in die Altersarmut führen, haben die Wissenschaftler Antonio Brettschneider und Ute Klammer von der Universität Duisburg-Essen untersucht. Gegenwärtig, so die Autoren, lassen sich fünf Risikogruppen unterscheiden.

(...)

Quelle: Böckler Impuls Nr. 08/2016

Die Altersarmut nimmt dramatisch zu

Die gesetzliche Rente, prophezeien die Sozialforscher, wird einem Großteil der Mensch in Zukunft nicht mehr zum Leben reichen. Doch schon jetzt steigt die Zahl der Senioren in Stuttgart deutlich, die Grundsicherung im Alter

erhalten.

2004 lag die Zahl der Rentner, die eine Grundsicherung im Alter bezogen haben, in der Landeshauptstadt bei 2796. Zehn Jahre später waren es schon 4536. Das entspricht einer Zunahme von 62 Prozent. Und die Tendenz ist weiter steigend.

(...)

Quelle: Stuttgarter-Nachrichten.de vom 24.05.2016

Armut - Reichtum: Debatte um die Vermögensteuer

Jüngste Enthüllungen und Studien geben dem Ruf nach der Vermögensteuer innerhalb der SPD neue Nahrung. Die hessische SPD-Landtagsfraktion will nach einer Anhörung über ihre Position zur Wiedereinführung einer Vermögensteuer entscheiden.

"Die ungleiche Verteilung von Vermögen und Reichtum in Deutschland hat in den vergangenen Monaten" Debatten über die "Entwicklung der Mittelschicht in Deutschland und den USA ausgelöst", heißt es in einem Beschluss der Fraktion, der der "Welt" vorliegt.

(...)

Quelle: wallstreet-online.de vom 23.05.2016

Was heißt schon arm?

Armut wird am Einkommen gemessen, doch das wird dem komplexen Phänomen nicht gerecht. Die Forschung hat längst bessere Konzepte entwickelt. Bestehen sie den Praxistest? Eine Spurensuche in Deutschland.

Nach der gebräuchlichsten Statistik lebt jemand an der Grenze zur Armut, wenn er weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat. Derzeit sind das 15,4 Prozent der Deutschen. Für Alleinstehende liegt die Armutsgrenze damit bei 917 Euro im Monat, für Familien mit zwei Kindern bei 1926 Euro.

(...)

Quelle: Spiegel online vom 23.05.2016

Zeltstädte: Wenn das Zelt dein Obdach ist

Hier wird Armut sichtbar: In Berlin und anderen Städten machen sich die Zeltstädte wieder Platz. Wohnungslose tun sich dort zusammen. Regelmäßig werden die Zeltstädte von der Polizei geräumt.

Die Zelte stehen im Park, an Bahngleisen oder auch mitten im Regierungsviertel: Obdachlose und Migranten wohnen dort. (...) Die Leute, die sich in Zeltstädten zusammen tun, sind meist Gruppen, die sich gegenseitig unterstützen und Zeltstädte aufbauen, um einander zu haben.

(...)

Quelle: dradiowissen.de vom 22.05.2016

Altersarmut zwingt immer mehr Sachsen im Rentenalter zum Mini-Job

In den nächsten Jahren werden viele Sachsen (...) einen Rentenbescheid bekommen, der ihnen einfach sagt, dass sie nicht mal genug gesetzliche Rente bekommen, um das Lebensnotwendigste finanzieren zu können. Sie werden zum Sozialfall.

Schon jetzt entschließen sich viele, sich das Fehlende durch Mini-Jobs dazuzuverdienen. (...) Das bestätigt nun eine Antwort der Staatsregierung auf die Kleine Anfrage „Rentner mit geringfügig entlohnter Beschäftigung in Sachsen“ der sozialpolitischen Sprecherin der Fraktion Die Linke im Landtag, Susanne Schaper.

(...)

Quelle: Leipziger Internet Zeitung vom 22.05.2016

Angst vor Armut im Alter

Altersarmut ist derzeit bundesweit zwar kein großes Thema. Nur 3,1 Prozent der über 65-Jährigen müssen ihre Rente mit Grundsicherung im Alter, dem Hartz IV für Rentner, aufstocken. Ab 2030 könnte jedoch jeder zweite Rentner monatlich nur noch maximal 840 Euro Rente erhalten.

Für die steigende Anzahl niedriger Renten gibt es zwei Gründe. Mit Minijobs, Leiharbeit oder generell schlecht bezahlten Jobs haben viele Menschen in den letzten 20 Jahren zu wenig verdient. Außerdem sinkt seit der letzten großen Rentenreform 2002 das Rentenniveau.

(...)

Quelle: Freie Presse online vom 20.05.2016

Relative Armut ist schlimm genug

Am Freitag findet in der Kölner Lutherkirche die Konferenz »Armut im Rheinland« statt. (...) Auch in reichen Großstädten wie Köln und Düsseldorf seien zehntausende Menschen von sozialer Teilhabe ausgeschlossen, warnt Matthias W. Birkwald.

Bei Armut denken die Menschen an das Ruhrgebiet oder an Berlin, nicht an Düsseldorf, Köln oder Bonn. Doch die Zahlen sprechen eine andere Sprache: (...) Auch im Rheinland gibt es also Armut, und wir wollen Vorschläge machen, wie sie bekämpft werden kann.

(...)

Quelle: neues deutschland online vom 19.05.2016

Die Armutsgefährdung bleibt

In immer mehr Branchen stehen die Tarifergebnisse. Damit zeichnet sich allmählich ab, wie stark der gesetzliche Mindestlohn Anfang 2017 steigen wird. Üppig ist das Plus nicht.

Um die Schwelle zur Armutsgefährdung zu überspringen, die bei 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt, müsste er in Deutschland auf 10,63 Euro angehoben werden, errechnete das gewerkschaftsnahe Institut WSI.

(...)

Quelle: FR online vom 19.05.2016

Niedrige Löhne im Kreis Hersfeld-Rotenburg fördern Armut im Alter

Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie von Prof. Dr. Frank Unger und Sascha Schur (M.A.) vom Zentrum Gesellschaft und Nachhaltigkeit der Hochschule Fulda.

Auffällig im Kreis Hersfeld-Rotenburg ist laut Prof. Dr. Frank Unger vor allem das unterdurchschnittliche Lohnniveau (...). 26,4 Prozent der Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnbereich. Bundesweit betrage dieser Wert 20,4 und hessenweit 17,2 Prozent.

(...)

Quelle: Hersfelder Zeitung online vom 19.05.2016

Wie Toys"R"Us seine Mitarbeiter in die Armut treibt

Wer bei Toys"R"Us arbeitet, weiß am Monatsanfang selten, wie viel Geld er verdienen wird. Sicher ist nur: Es wird kaum zum Leben reichen. Die Firma nutzt den Kapovaz-Trick – wie andere wohl bald auch.

Neun von zehn Angestellten in den deutschen Filialen der US-Spielzeugkette haben nach Informationen der "Welt am Sonntag" solche flexiblen Teilzeitverträge, mit entsprechend schwankendem Lohn. Unter den 1700 Beschäftigten soll es laut Gewerkschaft Ver.di eine signifikante Zahl an Aufstockern geben.

(...)

Quelle: Welt online vom 18.05.2016

Zunehmende Armut in Industriestaaten trotz Sozialhilfe

In Europa nimmt nach Angaben von UN-Experten die Armut als Folge von Arbeitslosigkeit und nur geringfügig bezahlter Beschäftigung weiter zu. (...) Seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008 gäbe es in Europa immer weniger gesicherte Vollzeitstellen und mehr sogenannte Erwerbsarme.

Demnach wäre in Deutschland jeder Zehnte trotz Arbeit als arm anzusehen, erklärte die ILO. (...) Bei der Bewertung der Entwicklung in Deutschland wurde allerdings die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro noch nicht berücksichtigt.

(...)

Quelle: FAZ.net vom 18.05.2016

2] WEITERE MELDUNGEN

Justizminister will Mindestlohn für Häftlinge

80 Prozent der Gefangenen in Brandenburgs Gefängnissen arbeiten. Doch sie erhalten nur einen geringen Lohn. Jetzt spricht sich Justizminister Stefan Ludwig (Linke) für Mindestlohn hinter Gittern aus.

Er halte es für wünschenswert, „dass alle, die in Deutschland arbeiten, den Mindestlohn erhalten“, so Ludwig. Das treffe auch auf Inhaftierte zu. (...) Derzeit erhalten die Insassen der Justizvollzugsanstalten 220 bis 300 Euro im Monat für Vollzeit-Arbeit.

(...)

Quelle: Märkische Allgemeine online vom 30.05.2016

Die bittere Wahrheit über das deutsche Jobwunder

König hat, wie 90 Prozent der Angestellten in den Filialen von Toys"R"Us, einen Job mit "flexibler Teilzeit". Das bedeutet, dass sie vom Arbeitgeber nur eine Mindeststundenzahl zugesichert bekommt. Gleichzeitig muss sie sich jedoch dafür bereithalten, jederzeit mehr zu arbeiten.

Bundesweit sind bereits etwas über anderthalb Millionen Menschen betroffen von den "kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeiten", kurz Kapovaz. Dies hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin auf Anfrage der "Welt" berechnet.

(...)

Quelle: Welt online vom 30.05.2016

Studie: Immer weniger «Solo-Selbstständige» in Deutschland

Angesichts der guten Konjunktur in Deutschland suchen laut einer Studie immer weniger sogenannte Solo-Selbstständige ihr Glück auf dem freien Arbeitsmarkt und wechseln häufiger in einen festen Job.

Seit 2012 sei die Zahl der Ein-Mann-Unternehmen um acht Prozent zurückgegangen, berichtet die "Süddeutsche Zeitung". Das Blatt beruft sich auf ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für das Arbeitsministerium.

(...)

Quelle: Süddeutsche.de vom 29.05.2016

Karitatives Lohndumping

Das DRK Westfalen-Lippe hat eine Tochtergesellschaft eigens für den Betrieb von Flüchtlingseinrichtungen gegründet. Und betreibt aus Gewerkschaftssicht Lohndumping. Die Vergütung für Mitarbeiter erfolgt nach dem Entgelttarifvertrag des Gaststätten- und Hotelgewerbes.

Qualifizierte Sozialarbeit wird gleichgesetzt mit Tätigkeiten in der Gastronomie. Arbeitsmarktexperte Karl Brenke vom Deutschen Institut für Wirtschaft sieht darin einen bundesweiten Trend bei karitativen gemeinnützigen Organisationen.

(...)

Quelle: junge Welt online vom 27.05.2016

Unternehmen bieten weniger Praktika an

Wie wirkt sich der Mindestlohn auf Praktika aus? Seit seiner Einführung im Januar 2015 ist die Zahl der Unternehmen, die überhaupt Praktika anbieten, stark zurückgegangen (...). Auch hat sich die Dauer der Einsätze deutlich verändert. Jedes vierte Unternehmen hat die durchschnittliche Praktikumslänge verkürzt.

Dennoch muss man vorsichtig sein, den Rückgang ausschließlich dem Mindestlohn zuzuschreiben. Von den

befragten Personalchefs gaben nur 22 Prozent an, dass er einen direkten Einfluss habe.

(...)

Quelle: Spiegel online vom 26.05.2016

Kontrolleure verhängen nur 200.000 Euro an Bußgeldern

Den gesetzlichen Mindestlohn gibt es seit Anfang 2015. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) beim Zoll hat aber im Jahr 2015 gerade einmal Bußgelder in Höhe von 194.000 Euro gegen Arbeitgeber wegen Unterlaufens verhängt.

Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Linken-Anfrage hervor. Demnach gab es 2015 gerade einmal 705 Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen den gesetzlichen Mindestlohn.

(...)

Quelle: RP online vom 26.05.2016

Richter kürzen Mindestlohn

Unternehmen können Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld nach dem ersten Mindestlohn-Urteil des Bundesarbeitsgerichts in bestimmten Fällen verrechnen. Sie könnten herangezogen werden, um die gesetzliche Lohnuntergrenze von 8,50 Euro pro Stunde zu erfüllen, entschieden die Bundesrichter am Mittwoch in Erfurt.

Das gelte jedoch nur in den Fällen, in denen die Sonderzahlungen als Entgelt für tatsächliche Arbeitsleistungen dienten - quasi wie ein 13. Gehalt. Das Bundesarbeitsgericht bestätigte damit die Rechtsprechung der Vorinstanzen.

(...)

Quelle: neues deutschland online vom 25.05.2016

Frankfurt hat größten Anteil an Aufstockern

In Frankfurt gibt es relativ gesehen die meisten sozialversicherungspflichtig beschäftigten Alg-II-Bezieher in Deutschland. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der (...) Fraktion Die Linke hervor.

Demnach waren (...) in der Stadt 1059, die Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende (...) und gleichzeitig Brutto-Einkommen aus abhängiger oder selbständiger Erwerbstätigkeit bezogen. Das entspricht einem Anteil von 5,08 Prozent.

(...)

Quelle: Märkische Onlinezeitung vom 25.05.2016

Ausbeutung am laufenden Band

Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) kritisierten in Hannover das neue Leiharbeitsgesetz (...): Es

bilde einen Minimalkonsens ab, sei aber nicht geeignet, den Missbrauch von Werkverträgen zu stoppen.

Der Austausch von Stammebelegschaften gegen Billiglöhner ist keineswegs auf die Nahrungsmittelindustrie begrenzt. (...) in vielen Krankenhäusern auch im Norden putzt, kocht und pflegt längst nicht mehr das Stammpersonal, wie Uwe Ostendorff von der Gewerkschaft Ver.di beklagt.

(...)

Quelle: taz.de vom 24.05.2016

Mindestlohn hat besonders bei Leiharbeit und am Bau tausende marginale Jobs beendet

Oh ja, der Mindestlohn war tatsächlich schuld. Er hat nämlich mit einem Großteil des Wildwuchses aufgeräumt, mit dem in Sachsen jahrelang Billigarbeit organisiert worden war.

Und deswegen sank die Beschäftigtenzahl auch ganz besonders in jenen Bereichen, in denen die prekäre Beschäftigung ihre Hauptfelder hat. Die Zahl der marginal Beschäftigten sank – nachdem sie schon in den Vorjahren stetig zurückgegangen war – von 204.500 auf 185.800.

(...)

Quelle: Leipziger Internet Zeitung vom 24.05.2016

Branchenzuschläge in der Leiharbeit - eine Nachlese

Die Branchenzuschläge wurden und werden von Politik, Unternehmerlager und Gewerkschaftsführungen als Mittel angepriesen, zu einer fairen Bezahlung der Leiharbeit, ja zu einer Entlohnung nach dem „Equal Pay“-Grundsatz zu kommen.

Diese Nachlese soll zeigen, dass es sich dabei um eine Mogelpackung handelt. Der Weg einer schrittweisen Reform der Leiharbeit hat sich als Irrweg erwiesen.

(...)

Quelle: trend onlinezeitung 02/2016

Kritik an Mindestlohn für Erntehelfer

Bei acht Euro liegt der Mindestlohn für Erntehelfer 2016. Für einen Kilo Spargel zahlen Verbraucher deshalb nun 30 bis 50 Cent mehr. Einige Bauern denken schon an eine Verlagerung des Anbaus ins Ausland.

Spargel wird in Deutschland überwiegend von Ausländern geerntet. In der Saison arbeiten nach Angaben des statistischen Landesamtes mehr als 50.000 Osteuropäer allein in Niedersachsen. Das ist bundesweiter Spitzenwert.

(...)

Quelle: Weser Kurier online vom 23.05.2016

Erstes Mindestlohn-Urteil des Bundesarbeitsgerichts erwartet

8,50 Euro pro Stunde - diese Lohnuntergrenze gilt seit Anfang 2015. (...) Knapp eineinhalb Jahre nach der

Mindestlohn-Einführung wird das erste Urteil des Bundesarbeitsgerichts zu der Lohnuntergrenze erwartet.

Die höchsten deutschen Arbeitsrichter beschäftigen sich am Mittwoch (25.5.) mit der Frage, ob Arbeitgeber Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld anrechnen dürfen, um den Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde zu erreichen.

(...)

Quelle: europeonline-magazine.eu vom 22.05.2016

Mindestlohn - Erfolgsmodell mit Hindernissen

Inzwischen ist klar, dass es keine nennenswerten Einbrüche auf dem Arbeitsmarkt seit Einführung des Mindestlohns gegeben hat. Vielmehr kamen mehr sozialversicherungspflichtige Jobs hinzu, auch im Osten.

Ein Problem jedoch ist die mangelnde Kontrolle schwarzer Schafe (...). Am schlimmsten gehe es im Hotel- und Gaststättengewerbe zu, räumt Sebastian Riesner von der Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten, Genuss ein.

(...)

Quelle: Inforadio.de vom 21.05.2016

Einkommensverteilung: Die Mitte schwindet

Der Anteil der mittleren Einkommen in Deutschland ist seit Jahren rückgängig - die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich. Besonders in der Gruppe der 18- bis 30-Jährigen wächst die Zahl der Einkommenschwachen.

Doch die Polarisierung der Einkommen kommt nicht einfach daher. Sie ist das Ergebnis des politisch forcierten Ausbaus des Niedriglohnssektors, atypischer und prekärer Beschäftigungsformen nach der Jahrtausendwende.

(...)

Quelle: DGB klartext 16/2016 vom 20.05.2016

„Überstunden“ im Minijob

Der gesetzliche Mindestlohn erhöhte das Einkommen vieler schlecht bezahlter Minijobber deutlich. Das hat bisher allerdings nur begrenzt dazu geführt, dass geringfügige Beschäftigung in reguläre Arbeit umgewandelt wurde.

Wie Prof. Dr. Gerhard Bäcker im aktuellen IAQ-Standpunkt ausführt, überschreiten die Einkommen durch den Mindestlohn jedoch schnell die Geringfügigkeitsschwelle von 450 Euro. (...) „Dadurch gibt es offenbar große Anreize, die Stundenzahl fehlerhaft anzugeben“, vermutet Professor Bäcker.

Quelle: WAZ online vom 20.05.2016

Nahles" Gesetz hilft nur der Lobby, nicht den Leiharbeitern

Der missbräuchlichen Beschäftigung von Leiharbeitern über Werkverträge kann man nicht entgegengetreten, indem man per Gesetz den Arbeitnehmerbegriff definiert.

Das Problem ist deshalb nicht der Arbeitnehmerbegriff, es sind die durch Einsparung von

Sozialversicherungskosten getriebenen Bemühungen der Unternehmen, andere Vertragskonstrukte zu vereinbaren als das reguläre Arbeitsverhältnis.

(...)

Quelle: Manager Magazin online vom 20.05.2016

Leiharbeit - Linke schreibt Protestbrief an SPD-Abgeordnete

Die Reform werde anders als angekündigt zu einer deutlichen Verschlechterung des Status quo für die Beschäftigten führen, heißt es in dem Brief von Linke-Fraktionsvize Klaus Ernst und der Linke-Arbeitsmarktexpertin Jutta Krellmann, der dieser Zeitung vorliegt.

Ernst und Krellmann warnen nun unter Berufung auf Juristen, tatsächlich werde der dauerhafte Einsatz von immer neuen Leiharbeitskräften auf dem gleichen Arbeitsplatz im Entleihbetrieb legitimiert.

(...)

Quelle: Berliner Morgenpost online vom 19.05.2016

Intellektuelles Prekariat

Lehrbeauftragte an Unis müssen sich oft mit lausigen Honoraren durchschlagen, teilweise liegt der reale Verdienst unter dem Mindestlohn.

Rechtlich ist das für die Auftraggeber kein Problem: Hier kommen allenfalls Werkverträge, aber keine Arbeitsverhältnisse zustande, daher gilt der Mindestlohn nicht.

(...)

Quelle: Der Freitag online vom 18.05.2016

Folge des Mindestlohns: Steigende Zahl unbefristeter Jobs

Mit der Einführung des Mindestlohns sind nicht nur die Verdienste, sondern häufig auch die Anforderungen an Beschäftigte im Niedriglohnsektor gestiegen. Das ergibt eine am Dienstag in Nürnberg veröffentlichte Studie.

Dafür hätten die Betroffenen aber bessere Aussichten auf eine längerfristige Beschäftigung als früher, betonen die Nürnberger Arbeitsmarktforscher. Während 2014 noch 57 Prozent der Stellen mit diesem Ziel ausgeschrieben wurden, waren es ein Jahr später 81 Prozent.

(...)

Quelle: Weser Kurier online vom 18.05.2016

Mindestlohn steigt 2017 vermutlich auf 8,85 Euro

Nach den jüngsten Tarifabschlüssen zeichnet sich ein Anstieg des gesetzlichen Mindestlohns auf 8,85 Euro ab. Die aus Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern bestehende Mindestlohnkommission wird sich in den kommenden Wochen mit dem Thema befassen.

Maßgeblich für die erstmalige Erhöhung des 2015 von der Regierung eingeführten Mindeststundenlohns von 8,50

Euro sind die Tarifabschlüsse des Jahres 2015 und der ersten Jahreshälfte 2016.

(...)

Quelle: Tagesspiegel online vom 18.05.2016

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <https://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-112016--1894.html>

PDF erstellt am: 04.12.2020